

■ Kulturpolitik in Berlin

Ein Einwurf aus den Niederungen des kulturpolitischen Alltags

Parallel zu diesem Versuch einer Situationsanalyse der Berliner Kulturpolitik sitze ich als Mitglied des Beirats des Hauptstadtkulturfonds über der aktuellen Antragsflut von Projekten – fast 200 sind es für den ersten Durchgang, die im Jahr 2003 realisiert werden sollen.

Diese Anträge spiegeln die kulturelle Situation und die Rahmenbedingungen für Kultur wider: Sie bergen eine immense Fülle von wunderbaren – und manchen zweifelhaften – künstlerischen Ideen, sie dokumentieren, daß die Stadt Attraktionspunkt für Künstler aus aller Welt ist, die sich munter in die Berliner Szene begeben und diese aufmischen, daß Berlin ein Laboratorium für Innovation ist und daß es für viele Produzenten quasi als Ritterschlag gilt, in Berlin gearbeitet zu haben – und sie tun dies auch, wenn sie keine »Staatsknete« bekommen und voll auf Risiko produzieren.

Zugleich aber enthüllen die Anträge in aller Deutlichkeit, daß die öffentlich finanzierte oder geförderte Kultur und insbesondere ihre Institutionen aus dem letzten Loch pfeifen – aus unterschiedlichen Gründen:

- Den Spiel- und Produktionsorten, die die Mauern für das Laboratorium für Innovation abgeben, ist jeglicher Finanzierungsspielraum genommen. Sie verfügen über so gut wie keine Produktionsetats; Miet-, Management- und Technikkosten verschlingen die wenigen Brocken, die vom Tisch der Herrschenden für sie abfallen.
- Der Etat für Kulturaustausch – entscheidende Voraussetzung für internationale Projekte – ist gegen Null gefahren. Koproduktionen, die auf dem System des Eigenanteils der Beteiligten beruhen (und natürlich unter dem Strich viel billiger sind als eigene stand-alone-Produktionen, können nicht mehr geplant werden: Womit soll der Eigenanteil nachgewiesen werden?
- Stipendienmöglichkeiten sind kaum mehr vorhanden. Wer nicht eine wohlhabende Oma, einen gutverdienenden Lebensabschnittsbegleiter oder den berühmten Sponsor hat, muß zum Feierabendkünstler werden (oder Nachttaxi fahren).
- Die Projektförderungsmöglichkeiten des Landes Berlin sind auf allen Ebenen – Senat wie Bezirke – reduziert und verstopft. Zudem sind Haushaltssperren zur Regel geworden. Der Hauptstadtkultur-

fonds, der mit seinen ca. 10 Millionen EUR von der Berliner Kulturszene mühsam erkämpft wurde und gewichtiger Bestandteil des Hauptstadtkulturvertrages ist, ist die einzige verlässliche und relevante Fundstelle für Projektfinanzierung im Land Berlin.

- Die »Kulturdamper« geben an, daß sie besondere, künstlerisch wagemutigere Projekte nur dann realisieren können, wenn sie Extrageld bekommen – ihre nicht gerade kleinen Etats seien gefangen in der Falle von maroden Häusern, immensen festen Personal- und Technikkosten und den Tarifierhöhungen, die ihnen die letzte Luft wegnähmen (und auf die sie wunderbar die Schuld schieben können, die sie auch in ihrer eigenen Spielplanpolitik und Managementfähigkeit suchen sollten).
- Es ist fast unmöglich, mit Sponsoring-Geldern in relevanter Höhe zu rechnen. Das so gern beschworene Kulturbürgertum ist bekanntlich aus Berlin vertrieben worden oder suchte während des Kalten Krieges das sichere Weite und ist bislang nicht zurückgekehrt. Konzernzentralen, wo über Sponsoring entschieden wird, sind in Berlin mit der Lupe zu suchen. Die wenigen, die bereit sind, in Kultur zu investieren, schaffen sich lieber eigene Kunsthallen in ihren Repräsentationsräumen Unter den Linden und Umgebung und holen sich die Künstler, die zu ihrem Firmenimage passen. Die Schwierigkeit der Sponsorenakquise betrifft alle Kulturproduzenten, die Großen wie die Kleinen, die Traditionellen wie die Experimentellen.

Diese Situation ist nicht ganz neu, doch in ihrer Verschärfung und Zuspitzung hat sich ein Problemnäuel angesammelt, das kaum entwirrbar ist und der bei Nicht-Berlinern kontinuierliches Kopfschütteln auslöst – wobei aber zu selten Ursachenforschung betrieben wird. Ein paar Erinnerungs- und, zugeben, bössartige Analysesprengsel:

1. Berlin ist – bei aller Begeisterung über die Wiedervereinigung – noch nicht über die Folgen der jahrzehntelangen Spaltung weggekommen. Neben vielen, eher den Psychologen zur Analyse überlassenen Problemen haben wir das nach wie vor handfeste Problem der Du- bis Triplizität von Kulturinstitutionen. Die Weiterfüh-

rung der Ost-Institutionen ist im Vereinigungsvertrag 1990 festgeschrieben worden, einschneidende Schließungen geschahen bislang im alten West-Teil.

2. Das neue Berlin hat damit eine ganze Kolonie von räumlich maroden und personell überausgestatteten Einrichtungen an der Backe. Wer sich die Staatsoper Unter den Linden, die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz mal genauer ansieht, wundert sich, daß dort überhaupt gearbeitet werden kann (und darf); Personalausstattungen quantitativ traumhaften Ausmaßes werden – trotz allem Abbau der letzten Jahre – etwa im Kinder- und Jugendtheater Caroussel oder im FEZ Wuhlheide, dem ehemaligen Pionier-Kreativ-Palast, mitgeschleppt. Und jetzt hat dort natürlich auch die Tarifvertragsfalle zugeschnappt.
3. Summen ausgesprochen interessanter Größenordnung wurden von beiden deutschen Staaten nach Berlin als jeweiliges Schaufenster gepumpt, in die Wirtschaft ebenso wie in die Kultur und die Wissenschaft. Dies hatte natürlich ein gewisses komfortables Ausstattungsbedürfnis erzeugt, aber auch Institutionen und Strukturen gezeitigt, die nicht einfach gecancelt werden konnten, da sie jeweils überregionale und internationale Bedeutung hatten und haben. Das Zusammenbrechen der DDR-Wirtschaft, die hinterlassenen Schulden, das unglückselige Agieren der Treuhänder und dann das schlagartige Wegfallen der (West-)Berlin-Förderung (obwohl eine Stadthälfte dazugekommen war) hatte niederschmetternde Auswirkungen für die Finanzsituation Berlins – auch hier klappt es irgendwie nicht mit den »blühenden Landschaften«.
4. In der Berliner Politik multiplizierten sich Nachwende-Größenwahn mit krimineller Energie einiger Politiker, gefördert durch Verletzung jeglicher Aufsichtspflichten. Das Ende der katastrophalen finanziellen Konsequenzen ist immer noch nicht absehbar, das Land ist mit Schulden unvorstellbarer Größenordnung belastet. Dies ist ein Riesenproblem, aber es darf nicht zur Denkblockade, weitere Ursachen betreffend, führen.
5. Ein Generationswechsel innerhalb der Berliner politischen Klasse vollzieht sich zwar soeben, aber die »Neuen« sind nach

wie vor geprägt von Mentalitäten des Öffentlichen Dienstes und geschockt von den fürchterlichen black holes, die sie überall vorfinden.

Die in den wenigen Monaten von Rot-Grün beginnende Aufbruchsstimmung »Es ist alles ganz furchtbar, aber wir wollen es anders machen« ist nach einer sekundenlangen Hoffnungsphase nach Lektüre der Koalitionsvereinbarung zwischen Rot-Rot einer ängstlichen Musterschülerstimmung gewichen: bloß nichts falsch machen, bloß sich als staatstragend beweisen (PDS), lieber keine neue Idee haben, die könnte ja was kosten. Diese Mentalität, die in den langen Haushaltsklausuren der letzten Wochen die Politik dominierte, hat zarte Hoffungskeimlinge in ein mögliches Zukunftsprojekt Berlin zugeschüttet und die Stadt mit ätzendklebrigem Meltau überzogen. Zukunftsfähigkeit droht weggespart zu werden; die Denkkapazitäten der Politik, werden durch Ersinnen aller möglichen Ausgabenkürzung aufgebraucht, und nicht auf die Entwicklung neuer Einnahmemöglichkeiten gelenkt.

6. Berlin hat sich noch nicht in die Hauptstadtrolle hineingefunden. Traditionell herrschte seit der Ernennung Berlins zur Reichshauptstadt ein gespanntes Verhältnis zwischen Reichsregierung und der Stadt (was ja auch ganz produktiv sein konnte), heute besteht eher ein Nicht-Verhältnis. Das »neue Berlin« in der Mitte hat weder etwas mit Alt-Ost noch mit Alt-West zu tun; man begegnet sich fast nur auf den Parties, die von dem in Berlin neuen Berufsstand der Party-Gästelisten-Ersteller(innen) gemanagt werden. In vielen Regionen Berlins kommt die Frage nach dem »Wo laufen sie denn?« auf, denn weit und breit ist kein »Bonner« zu sichten. Die gefürchtete Symbolwirkung der Bundestagskita ist bedrohliche Realität geworden: Weil die – vom Leerfall aufgrund der Verdrängung der eingesessenen Bevölkerung bedrohten – Kitas im Bezirk Mitte dem Bundestag nicht gut genug waren, wurde ein kleiner wunderschöner Modellluxusdampfer gebaut, der nur den Bundestagskindern offen steht. Grandiose Bundesbauten werden errichtet, für deren Ausstattung nichts teuer genug ist, während zwei Straßen weiter die Schulturnhalle wegen leckendem Dach geschlossen werden muss. Bonn und der Bundestagsapparat waren gemeinsam gewachsen – in Berlin prallen Welten und Epochen aufeinander.

7. Berlin hat als »Labor der Wiedervereinigung« Aufgaben zu bewältigen, von denen sich insbesondere der ferne Westen und Süden der Republik keine Vorstel-

lung machen kann. Die Entscheidung, gerade deshalb Berlin wieder zur Bundeshauptstadt zu küren, war richtig. Die Probleme der neuen Hauptstadt, die nach der ersten Euphorie deutlich werden, können nur mit Hilfe der ganzen Republik gemeistert werden.

Machen Sie mal in dieser Situation Kulturpolitik! Das Ergebnis der ersten 150 Tage ist entsprechend niederschmetternd. Es gibt viele Entschuldigungen, angefangen von dem riesigen Schuldenberg bis zum unerträglichen Zwang schnellen Handelns. Die wenigen Monate Rot-Grün mit dem Kulturgespann Adrienne Göhler/Alice Ströwer, zwei handfesten, erfahrenen, kompetenten Frauen an



Ein Aktionsaufruf des Berliner Rats für die Künste zum 27. Juni 2002: Blutspenden gegen das Defizit der Bankgesellschaft!

der Spitze der Kulturpolitik, die der Kultur nicht die Butter vom Brot haben nehmen lassen, bewiesen jedoch, daß man auch in der höchsten Not Ideen haben kann, wenn man eine Idee hat. Entschuldigungen helfen nicht weiter, deshalb lasse ich sie einfach außen vor.

• Der große Sündenfall, für den alle dramatis personae der Berliner Politik verantwortlich sind, war der Verrat an der Grundeinsicht – in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben –, daß der Zukunftskern für ein neues Berlin in seiner Kultur- und Wissenschaftskompetenz liegt und daß daran – und der allem zugrundeliegenden Bildung – nicht zu sparen sei. Dies sagten nicht nur die Feuilletonisten und Akteure auf internationaler Ebene, sogar das DIW belegte dies in einer Studie »Kultur als Wirtschaftsfaktor«. Stolz ging man aus

der Senatsfinanzklausur mit dem Ergebnis hervor, daß in diese Politikfeldern *weniger* als in anderen Feldern gespart werde. Das »wenig« ist jedoch auf »unerträglich wenig« zusammengeschnitten.

- Es wurde nicht gestattet, ein Konzept für einen Umbau der Kulturlandschaft zu entwickeln. Manchmal kann der Zwang zum Sparen ja auch einen produktiven Modernisierungsschub auslösen, bloß darüber muß man nachdenken können. Ein vom Rat für die Künste gefordertes Moratorium, während dem von einem »Forum für Kultur« in offenem, dialogischem Prinzip mit neuen Akteuren aus sehr unterschiedlichen Kulturfeldern neue Konzepte entwickelt werden sollten, wurde sofort zurückgewiesen, auch der Kultursektor Thomas Flierl kämpfte nicht darum. Das »Forum« wurde von der Staatssekretärin Christa Tebbe zu einem Verbändebeeinflussten Küchenkabinett umdefiniert, seiner Arbeit sehen die Berliner Kulturleute distanziert-skeptisch entgegen. Innerhalb von zwei Monaten mußte der Spar-Doppelhaushalt für 2002/2003 stehen, am 27. Juni wird er verabschiedet.
- Zum Arbeitsprinzip wurde »Trial and error« erklärt, oder – auf berlinisch – »rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln«. Das Muster war sehr einfach: Man verkündete einer Institution – die es aus der Presse oder per Brief erfuhr –, daß sie existenzbedrohend gekürzt werde. Darauf mobilisierte diese die Presse und ihr nahestehende Menschen von Einfluß, und dann verkündete der verschreckte Senator als »Guter Hausvater«, daß die Kürzungen zurückgenommen würden oder nicht so schlimm ausfallen würden wie geplant. Und dann kam die nächste Institution dran.
- Das System, wen es gerade traf, war kaum zu erkennen. Von Qualitätsmanagement war es jedenfalls nicht beeinflusst. Und doch traf es eine ganze Szene – die der innovativsten, kreativsten, international als Zukunftsschmiede anerkannten Einrichtungem, wie das Künstlerhaus Bethanien, das Podewil, die Kunstwerke, die Sophiensäle, die Zeitgenössische Oper; auch die Mittel für internationalen Kulturaustausch sind verschwunden. In vielen Einzelpositionen ist so viele Geld gestrichen, daß weder leben noch sterben möglich ist. Es reicht gerade noch für die festen Kosten, aber das notwendige »Spielgeld« für Entwicklung ist weg bzw. von den Tarifierhörungen aufgefressen.
- Gespart wird dort, wo es am leichtesten geht, in der Projektlandschaft und in der Freien Szene. Dies ist erstens einfallslös und schlichtweg dumm, denn man verletzt den Zukunftskern der Berliner Kul-

tur. Zweitens ist es feige, weil die großen Schlachtschiffe weiterhin vor sich hindümpeln und eher einfallslose Spielpläne produzieren (sie sind ja geschützt durch wasserdichte Tarif- und Intendantenverträge, an die man sich schon gar nicht herantraut). Drittens ist es für den Senator vernichtend, denn er hat damit seine Lobby, die eher linken, unkonventionellen Kulturdenker und -produzenten, verloren. So schnell kann das gehen.

- Jegliches Vertrauen in irgendeine Verlässlichkeit und Achtung von fachkundiger – Beratung ging verloren: Hatte ein Fachberatergremium, zwei Privattheatern (darunter das altwestberliner Schloßparktheater) die Subventionierung aufgrund mangelnder Qualität zu entziehen und war politisch entschieden worden, das dadurch gesparte Geld zur Stabilisierung und Förderung einiger hervorragender Theater der Freien Szene zu verwenden, so wurde diese Strategie in rot-roten Händen zur Makulatur. Die Subventionskündigung wurde zwar ausgesprochen, das Geld aber landet in der Landeskasse bei Herrn Sarrazin, dem knallharten Finanzsenator, nicht in der Kultur. Damit wird es den verantwortlich denkenden Sachverständigen und Akteuren unmöglich gemacht, an – möglicherweise geldsparenden – Umstrukturierungen und Modernisierungen

mitzuarbeiten, kann doch jeder Vorschlag gegen die Kulturlandschaft gerichtet werden und zu weiteren Einsparungen des Kulturetats führen.

- Die Berliner Entlastungsversuche in Richtung Bund greifen nicht so recht. Was hat man nicht schon alles versucht, dem Bund anzudienen: den Preußischen Kulturbesitz, die Gedenkstätten, das Konzerthaus, das Haus der Kulturen, das Jüdische Museum, die Berliner Festspiele GmbH, die Staatsoper (das Tafelgold, die Philharmoniker, wollte der Bund, aber die wollte Berlin behalten – mit Recht. Sie rechnen sich für Berlin.). Die Bundesregierung war partiell gesprächsbereit; im Hauptstadtkulturvertrag ist die Übernahme einer Reihe der eben Genannten inzwischen geregelt. Es ist jedoch notwendig, daß der Bund weitere finanzielle Verantwortlichkeiten übernimmt. Berlin als sehr armer Stadtstaat (und arm wäre er auch ohne die Katastrophen der Berliner Bankgesellschaft) ist nicht in der Lage, die großen Überbleibsel großer oder großwahn-sinniger deutscher Staaten zu tragen. Auch München oder Stuttgart könnten sich ihre Staatsopern und Staatsgalerien nicht leisten, wäre da nicht der bayrische oder baden-württembergische Staat. Es gibt es keine staatliche Ebene mehr zwischen Berlin und der Bundesebene, die entlasten könnte. Der Bund jedoch ist sehr

zurückhaltend, nicht zuletzt aufgrund der Berliner Praxis, Bundesgeld oder durch Bundesübernahme eingespartes Geld im allgemeinen Staatssäckel verschwinden zu lassen.

Wir wissen nicht, wie es weitergeht. Es ist ja auch nicht nur der Kulturetat, der zusammenschumpft, andere Etats, die für die Zukunftsfähigkeit Berlins genauso wichtig sind (und immer auch Kultur betreffen), sind existenzbedrohend gekürzt oder können nicht in der nötigen Höhe bereitgestellt werden: Die Situation an den Berliner Schulen, insbesondere in den multikulturellen alt-Westberliner Bezirken wie Neukölln, Wedding, Tiergarten und Kreuzberg, ist für *alle* Kinder, Eltern und Lehrer unerträglich (die Ergebnisse der Pisa-Studie überraschen hier niemanden), die vom Senatsrat abhängige Projektlandschaft – zu der auch die vielen internationalen Community-Vereinigungen und Beratungsstellen gehören – wird eingedampft, im Jugendbereich wird Kahlschlag betrieben, selbst in dem Bereich Antirassismus, auch Jugendkulturprojekte wie die international angesehene »Schlesische 27« oder den Kinderzirkus »Cabuwazi« betreffend, gar an »Jugend musiziert« will man sich vergeifen. Und schließlich: Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung streicht alle Programme »Soziale Stadt« und entläßt Sanierungsgebiete aus der Förderung, ohne zu überprüfen, ob – was bei manchen durchaus der Fall ist, das »Ziel« erreicht ist, bei anderen aber dafür noch viel Zeit benötigt wird. In diesen Förderungsmaßnahmen spielte Kultur eine wachsende Rolle, denn langsam hatte man kapiert, daß nicht unbedingt Abriss und Neubau oder die reine Bausanierung Zukunftskonzept sein kann, sondern daß sozial-kulturelle Gemeinwesenarbeit in einem gefährdeten oder umgekippten Kiez Perspektiven schaffen kann. Hier wird Zukunft verunmöglicht.

Dies ist letztlich das schlimme Fazit der Berliner Situation: Rot-Rot, angetreten als Zukunftsprojekt, bricht unter der – zugegebenermaßen entsetzlichen – Altlast schon kurz nach den Startlöchern fast zusammen. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit verkündete nicht das Ziel, sondern den Weg: »Sparen, bis es quietscht.« Da die Regierung aber nicht in der Lage ist, ihr Ziel, ihr Zukunftsprojekt zu formulieren und die Berliner zum Mitdenken und Mittragen aufzufordern, sieht es nicht gut aus mit Berlin.

Ich kann uns eigentlich nur wünschen, daß wir so richtig wütend werden – Wut ist ein aktives Gefühl, treibt zum Handeln an (wenn auch nicht immer zum richtigen). Die Wut könnte uns von dem Meltau befreien, den das Desaster der Bankgesellschaft gesäht hat.

Dorothea Kolland

Berlin kein Vorbild

Kulturpolitische Gesellschaft kritisiert Kürzungen im Kulturetat der Bundeshauptstadt

Der Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft hat die rigiden Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung im Kulturbereich des Landes Berlin kritisiert, weil davon insbesondere Kunst- und Kulturprojekte in der jungen innovativen Kulturszene und in der kulturellen Jugendbildung betroffen seien. In einer Erklärung dazu heißt es:

»Die missglückten Schnellschüsse der letzten Wochen haben bereits zu einem ernststen Vertrauensverlust der Kultur- und Bildungspolitik geführt. Ohne Vertrauen und Verlässlichkeit lassen sich jedoch keine kulturpolitischen Perspektiven entwickeln.

Wir geben zu bedenken, dass die Kürzungen, die in vielen Fällen nicht nur auf Reduzierung, sondern auf die Schließung von potenten Einrichtungen hinauslaufen, den Nachwuchs und das innovative Zukunftspotential der Kunst und Kultur ernsthaft beschädigen. Gerade diese Einrichtungen und Projekte haben in den letzten Jahren ihre Fähigkeit bewiesen, Komplementärmittel aus öffentlichen und privaten Quellen zu akquirieren. Diese Mittel können nicht mehr gewonnen werden, wenn aufgrund der Kürzungen die notwendigen Eigenbeteiligungen nicht mehr aufgebracht werden können.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS ist festgeschrieben worden, in eben diesen Bereichen – Kultur und Bildung – als Zukunftskerne für Berlin nicht zu sparen. Wir fordern den Senat auf, diese wichtige Erkenntnis nicht zu vergessen und Kultur und Bildung in ihrer Bedeutung als Zukunftsinvestitionen ernst zu nehmen.« (...)

(Presseerklärung, Mai 2002)